

Dresdener Volkszeitung

Verleger: Dr. Georg
Reber & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Reber, Dresden.

Druckpreis einschließlich Bruttogehalt monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen einschließlich 18 00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M., 6 Nummern 50 M.

Schriftleitung: Postfach 10, Tel. 25 251.
Correspondenz nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Postfach 10, Tel. 25 251.
Verlagsort: Dresden, den 3. Dezember 1920.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 4-spaltige Nonpareillezeile 1,50 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung der Aufträge an sonntäglichen Tagen. Für Briefmarkenlegung 50 Pf.

Nr. 280

Dresden, Freitag den 3. Dezember 1920

31. Jahrg.

Das neue Land

Die folgenden Ausführungen über eine der meisten Erdenländer, wo mit dem Sozialismus Zusammenstoß und Verdrängung zu sein scheint, stammen von unserem englischen Genossen Kommandeur Macdonald und sind dem Labour Leader entnommen. Macdonald ist am Kaufhaus im ehemaligen russischen Generalgouvernement Transkaukasien, dessen zwei Gouvernements Teils und Kuba das Land umfassen. Wir dürfen uns dies nicht als eine unzulässige Vergrößerung vorstellen, wo der Sozialismus auf seine alte Tradition gestützt wäre, im Gegenteil, Georgien ist seit etwa Alexander des Großen Zeit bekannt, wurde vom römischen Kaiserreich verdrängt, nahm schon im 4. Jahrhundert das Christentum an, erlebte um 1200 herum Großmachtzeiten, sah an seiner Spitze ein eigenes orthodoxes Eparchat, bildete auf eine ethnologische Wissenschaft zurück und hat selbständige drei Freidistrikte, übrigens auch eine eigene moderne Literatur. Die Welt ist es noch höher entwickelt, wenn es nicht 1801 von Rußland einverleibt und seitdem unter Verdrängung ständig geknechtet worden wäre. Es lebten in den genannten Gouvernements etwa 800 000 Georgier; die georgische Sprache wird von 1 000 000 Menschen gesprochen. Auch in Deutschland bekannt war der Genosse Beretelli als Mitführer der sozialistischen Bewegung und als Führer der georgischen Proteste der ehemaligen russischen „Freidistrikte“, die das Selbstbestimmungsrecht forderten. In den letzten Zeiten ist Georgiens Name in den Wäldern wiederholt genannt worden, zuletzt anfänglich seiner Mobilisierung gegen den Imperialismus der Sowjetregierung; kurz vorher war Genosse Ulrich Kaufman auf besondere Einladung als deutscher Gesandter nach Georgien gegangen.

Georgien ist erlichend für den Geist und für den Leib. Wir gelangen hin durch die erdreichlichen Inseln, die Dardanellen, durchs Schwarze Meer. Wir erleben keines der schrecklichen Abenteuer Jansons, der deselben Berges zog, um das Gelobene Land zu suchen, sondern alles war Friede — wenigstens für das Auge.

Unter der Oberfläche war Kampf und Schmerz. Ich sah die glänzenden, künftigen Gesichter der farbigen Truppen in Konstantinopel, die aufmarschiert waren mit nicht zur Kommission gehörigen Offizieren, um die Prostituiertenbiererei zu besuchen; ich hörte von den Lippen unserer Landsleute von dem Schmerz, den die russischen Emigranten, für die wir Geld und Leben hingegeben haben, in die türkische Hauptstadt gebracht haben, und ich sah sie mit ihren Frauen und Märdern in den Konstantinopler Hotels herumlungern in Ermartung der Triumphbegegnung und der Demokratie; im Uebermaß gewann ich Einblick in das Chaos des Ostens, die Unterwerfung der Völker, die Maßnahmen der Hochfinanz, die Entwertung der Geister, die unwillkommenes Joch nicht tragen wollen. Aber der Himmel war blau, das Meer war ruhig, die Berge großartig und das Land reich an Erinnerungen und Geschichten, und so wechselte immer Friede mit Kampf.

Am Ende der Reise wußten wir nur noch von Erholung. Noch ehe wir in Batum an Land kamen, sahen wir rote Fahnen wehen und rote Fiedeln in dem massenhaften Grün der Dekorationen; und als wir landeten, geschah es unter den Klängen der Internationale, und Bilder von Karl Marx sahen auf uns nieder.

Wir fühlten uns sofort heimisch. Die „Unabhängige Arbeiterpartei“ ist in Batum und Tiflis so wohl bekannt wie in Glasgow, und sie wird von der georgischen Regierung mehr geschätzt als von einigen ihrer eigenen Ortsgruppen.

In den Hafenstädten, wo Georgien der Außenwelt die Hand reicht; oder in Tiflis, der Hauptstadt; oder in Kutais, einer Provinzialstadt wie viele andere; oder in Kaspel, tief drinnen im Gebirge — überall sind die Namen der europäischen Sozialisten so bekannt wie in unseren Industriebezirken, und der georgische Bauer hat weit bessere Begriffe von unserer sozialistischen Bewegung hier als etwa die Leute der Morning Post. Georgien hat eine sozialistische Regierung und ist im sozialistischen Umgestalten so weit fortgeschritten wie irgendein Land der Welt. Mehr als irgend ein anderes Land hat es die Vorteile, die es gewonnen hat, befestigt, und es ist im Besitz der Grund zu legen zu neuem sozialistischen Bau.

Die georgischen Arbeiter sind viel zu gute Unabhäufige, um mit der Diktatur oder ähnlichen Erfindungen Kunststücke aufzuspielen. Sie sind Demokraten. Sie haben ihre Revolution gehabt — sozial und auch politisch — ohne einen einzigen Gegner zu erschöpfen (außer damals, als man in ihr Land einfiel), ohne eine Zeitung zu unterdrücken oder eine öffentliche Versammlung anzukündigen.

Sie widerstanden den Zwangsmitteln der britischen imperialistischen Behörden, die Batum anhalten wollten, Denikin zu helfen. Die Ebbe und Flut von Revolution und Gegenrevolution an ihren Grenzen hat sie in schwierige Lagen gebracht, aber sie sind mit Erfolg bestritten gewesen, ihre geraden sozialistischen Grundzüge nicht zu verlassen. Als eine bolschewistische Armee in das Land einfiel, erhoben sich die sozialistischen Arbeiter wie sie es beim Kaputstich in Berlin taten und befreiten die Einbringerlinge mit Schwert und Säbel auf der georgischen Frontlinie über die georgische Grenze.

Zimmer haben sie Frieden erstrebt; sie schlossen Verträge mit Moskau sowohl als mit Tiflis, und ihre eigene Axt gegenüber war das die Politik keinen sehr ausgeprägten Sinn für Ehre hätten. Aber als sie diese Axt ansetzen hörten, gaben sie ihr sofort ein anderes Aussehen, indem sie erklärten, daß natürlich die Moskauer Regierung nicht getadelt werden kann wegen der Handlungen jedes nicht getadelten Fehlschüßers oder Entschlossenen oder Brimborigen, der in den heutigen Zeiten sich einen Volkshelden nennt.

Sie beabsichtigen den russischen Vertreter in Tiflis, das

Englische Abstimmungsanschläge

Berlin, 2. Dezember. Die englische Regierung hat der deutschen Botschaft in London folgende Note übermittelt:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die britische, französische und italienische Regierung den Wunsch hegen, die gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags in kurzer Zeit in Oberschlesien abzuhaltenen Abstimmungen in einer Weise durchgeführt zu sehen, die jedem Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechts unter vollständig unparteilichen und sicheren Verhältnissen gestattet. Die Regierungen haben deshalb die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß die Wahl durch genaue und durchführbare Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Artikels 88 Anlage 4 des Vertrags gestört oder sogar verhindert werden könnte. Dieser Vorstoß bestimmt:

Jeder soll in der Gemeinde stimmen, in der er seinen Wohnort hat, oder wenn er seinen Wohnort nicht in dem Gebiet hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Die drei Regierungen halten es für ihre Pflicht, der Gefahr von Störungen vorzubeugen, die die freie Ausübung des Wahlrechts durch irgendeiner Gruppe Wahlberechtigter beeinträchtigen könnten. Sie haben daher die tatsächliche Lage sorgfältig geprüft, die ihnen durch die oberschlesische Abstimmungs-Kommission und die polnische und deutsche Regierung dargelegt worden ist. Als Ergebnis dieser Prüfung haben sie einstimmig beschließen, der polnischen und deutschen Regierung folgenden Vorschlag zu machen:

Der letzte Absatz des § 4 der oben erwähnten Anlage lautet wie folgt: Das Abstimmungsergebnis muß gemäß der Mehrheit der Wahlberechtigten in dieser Gemeinde festgestellt werden. Die britische, französische und italienische Regierung sind der Meinung, daß es dem Sinne des vorerwähnten Absatzes nicht widerspricht, wenn die wirkliche Abstimmungsabgabe der Wahlberechtigten an irgendeinem Ort außerhalb des Abstimmungsgebietes stattfindet. Sie sehen dabei voraus, daß zur Feststellung des Abstimmungsergebnisses die Stimmen der in dem Gebiet abgegebenen, aber dort nicht wirklich anwesenden Personen auf deren Geburtsorten verteilt und den Stimmen der in diesen Gemeinden anwesenden Personen hinzugefügt werden. Die drei Regierungen wünschen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß, wenn die polnische und deutsche Regierung diesen Vorschlag annehmen sollten, es möglich sein wird, die Abstimmungsabgabe für die Wahlberechtigten unter Verhältnissen vor sich gehen zu lassen, die gegenwärtig unter Verhältnissen vor sich gehen in Oberschlesien festlegen und darüber den Wünschen der polnischen und deutschen Regierung entgegen zu stehen.

Die Bedingungen, die nach Ansicht der drei Regierungen diesen Vorschlag annehmen können, sind folgende: Alle nicht in Oberschlesien anwesenden, aber durch ihren Geburtsort zur Teilnahme an der Wahlberechtigten berechtigten Personen können in dem gegenwärtig dem verbündeten Truppen besetzten Gebiet an einem Ort, wie z. B. Berlin, oder an mehreren Orten versammelt werden, um dort ihr Stimmrecht unter Aufsicht einer Unterkommission der oberschlesischen Abstimmungs-Kommission auszuüben, die von den verbündeten Regierungen zu diesem

Zweck ernannt werden würde. Wenn der Vorschlag angenommen wird, werden die hiermit verbundenen verwaltungsmäßigen Einzelheiten von der oberschlesischen Abstimmungs-Kommission nach Befehl der Vorkommission ausgearbeitet. Es brauchen hier nicht besprochen zu werden. Zugunsten dieses Vorschlags ist die deutsche Regierung nur die Tatsache zu betonen, daß der Vorschlag die volle Gewähr bietet, daß die Abstimmungsabgabe der Wahlberechtigten frei und unparteilich und ohne Anwendung der Gewalt geschehen wird.

Es sind noch zwei Punkte, die in diesem Augenblick zu erläutern angebracht erscheint:

1. Der Grund, um bestmöglichst die drei Regierungen entgegenzusetzen, das besetzte deutsche Gebiet als Wahlbezirk für die Wahlberechtigten gelten zu lassen, ist nicht allein die durch die Unzufriedenheit hinsichtlich der militärischen Kräfte der Verbündeten gebotene Sicherheit, sondern auch die Tatsache, daß von der Mehrheit der Wahlberechtigten angenommen wird, daß sie in Deutschland wohnen. Auch ist man der Ansicht, daß solche Wahlberechtigten, deren Anwesenheit in überseeischen Ländern nicht festgestellt werden konnte, ohne Schwierigkeiten zum besetzten Gebiet zurückgeführt werden könnten.

2. Wird es Sache der Abstimmungs-Kommission für Oberschlesien sein, falls dieser Vorschlag angenommen wird, nach Maßgabe ihrer Befugnisse auf Grund des Friedensvertrages zu entscheiden, ob die Wahlberechtigten an demselben Tage oder an denselben Tagen wählen sollen, an denen die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet, oder ob mehr als ein Tag für die Abstimmungsabgabe ihrer Stimmen zugelassen werden soll.

In diesen Fragen wünschen die drei Regierungen nicht der Entscheidung der Kommission vorzugreifen. Aus dem zweiten Satz der vorstehenden Absätze ist jedoch zu ersehen, daß man das Ergebnis der Wahlbestimmungen nach diesem Vorschlag nicht kennen und noch weniger veröffentlicht darf, bevor nicht die Stimmen der Wahlberechtigten denen der Abstimmungs-Kommission mitgeteilt worden sind. Die Abstimmungs-Kommission würde nach Ansicht der drei Regierungen nicht die Befugnisse haben, die Ergebnisse der Wahl einer der beiden Klassen von Wählern an verschiedenen Orten bekanntzugeben.

Ich beehre mich, namens der drei Regierungen der Zustimmung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag unbedingtes in wohlwollender Erwägung stehen und der Vorkommission ihre Entscheidung sobald wie möglich mitteilen wird, damit die nötigen Maßnahmen unbedinglich getroffen werden können. Eine gleichzeitige Note ist an den polnischen Gesandten in London gerichtet worden.

Das Abstimmungsrecht

mit Berlin, 2. Dezember. Ein Pamphlet aus Warschau meldet: Die Londoner Regierung will, daß die aus dem obern Oberschlesien in einer Stadt des besetzten Gebietes ihre Stimmen abgeben. Hiermit kann sich aber die polnische Regierung nicht einverstanden erklären, weil die im Abstimmungsgebiet Wohnenden die Identität der Abstimmungsabgabe nicht prüfen sowie Regier und Wahlberechtigte nicht feststellen können.

öffentliche Treppenhaus zu seiner Gesandtschaft war nicht befüllt mit flammenden Werbeplakaten; er selbst war ein sehr angenehmer Mann, mit dem es ein Vergnügen war, sich zu unterhalten; aber es ist ganz wohlbekannt, daß er nicht nur ein Soldat, sondern das Zentrum der Propaganda ist. Die Regierung fühlt sich dadurch nicht betroffen. Sie greift ein, wenn die Propaganda zu arg wird, wie damals, als bolschewistische Diplomaten ein Gefängnis erbrachen und Gefangene befreiten wollten, aber sonst hat sie so viel guten Glauben an die Einsicht des Volkes und Vertrauen zur Demokratie, daß sie ungehindert zusehen, wenn Zeitungen mit Geld unterstützt werden und politische Agenten ihr Wesen treiben.

Das war eine herbeisetzende Erfahrung. Wir fanden das alle unter Glaubenssätze in voller Wirksamkeit unter sehr schwierigen Verhältnissen, und sie erwiesen sich allesamt als erfolgreich. Der georgische Sozialist weiß ganz genau, daß, wenn er einmal mit der Diktatur zu brechen an, unabwehrbare Folgen entstehen, und die will er nicht haben. Er glaubt an Demokratie und parlamentarische Aktion, und er hat den Lohn davon.

Er hat keine Mühseligkeit hinter sich, aber er hat ihr bald ein Ende gemacht. Er richtete sie ein nach der ersten russischen Revolution; aber er wählte sofort eine konstituierende Versammlung, bildete eine demokratische Koalition, hielt gerechtere Wahlen ab (beruhend auf dem Stimmrecht aller Erwachsenen), mit weitestgehendem Schutz für alle Minderheiten, schickte 102 Sozialisten in ein Parlament von 130 Mitgliedern, wählte den populären sozialistischen Führer Jordania zum Präsidenten und Ministerpräsidenten, schuf ein rein sozialistisches Kabinett und ging voll Vertrauen seinen Weg.

Das Land ist den Großgrundbesitzern genommen worden, den Bauern ist Pachtland zugewiesen worden unter Bedingungen, die das bäuerliche Eigentum als ein Ziel der Sozialisierung erkennen lassen. Die Wälder, die Bergwerke, die Eisenbahnen sind sozialisiert worden, es werden Entwürfe gemacht für die Kontrolle in Industriebetrieben, und die Arbeiter, im vollen Glauben, daß sie nur für die Allgemeinheit arbeiten, vergrößern die Anbauländer, vermindern die Produktion (hauptsächlich der Kohle), beschränken ihre Wünsche nach höherem Lohn, weil sie sehen, daß der eigentliche Anreizpunkt die hohen Preise sind.

Nachdem ich mir für unser Land wünsche — eine wirkliche Gemeinschaft von Männern und Frauen, die in der Freierheit ihrer Herzen tanzen und singen, die Vertrauen zu einander haben, zu großzügig waren, als daß sie Einleitungsaktionen in der Regierung anwenden würden, voll Glauben an die Demokratie, kein anderes Ziel kennend als die Freiheit.

Obwohl ich so schreibe, habe ich nicht die Absicht, russische Zustände mit georgischen Zuständen zu vergleichen. Ich habe es mit grundsätzlichen Dingen zu tun, die von Zuständen unabhängig sind. Die russische Idee einer Regierung ist für mich von Grund auf falsch, die georgische von Grund auf gut. Freigen wachsen nicht auf russischen Dikteln, selbst wenn wir ausgeben müssen, daß es unmöglich ist, das russische Feld mit etwas anderem als Dikteln zu bebauen.

Jedoch wir dürfen nicht vergessen, daß auch Georgien um seine Existenz kämpfen mußte, daß wir selbst Denikin Hilfe geleistet haben bei seinem Versuch, dieses Land zu vernichten, daß es heute an allen Grenzen bedroht ist, und daß die Alliierten bis jetzt sich geweigert haben, sein Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen.

Die Hochfinanz hat großes Interesse an Georgien; es ist in finanziellen Schwierigkeiten, und ich fürchte, man hat nicht immer die besten Mittel angewandt, um sich aus ihnen herauszuführen. Was der internationale Kapitalismus dazu sagen wird, ist noch nicht bekannt. Deshalb dürfen wir nicht davon absehen in der Meinung, daß die innere Ruhe Georgiens und seiner parlamentarischen Regierung eine Folge der äußeren Ruhe sei. Georgien hat die Demokratie erprobt unter dem Druck von Verdrängung, Invasion und Revolution, und frakt der Demokratie bereitet es sich jetzt vor zum Empfang von Bräutigam, falls er den Kaufmann überfordert, und der Volkswissen, falls sie von Wladimir oder Wafu oder Trapsant kommen.

Die georgischen Sozialisten haben sich bemüht, ihr Volk zu erziehen, und daher kommt es, daß anders wie in den meisten Staaten, Dorf und Stadt, Bauer und Handwerker Hand in Hand arbeiten. „Grüne Gärten“ gibt es nicht in Georgien. Kein Unterschied war zu spüren bei unserer Empfang, ob wir in die Stadt oder aufs Land kamen. Die ganze Nacht durch warteten Hausen von Bauern, um uns an den Bahnhöfen zu begrüßen; in den entfernten Orten ließ man die sozialistische Internationale leben; Tiflis gab uns Festmacher, Gori brachte uns seine Früchte und sein heiliges Brot und Salz. Das Land ist voller Leben. Deshalb wird es europäischen Sozialisten zur Pflicht, dahin zu wirken, daß dieses Land als unabhängiger Staat anerkannt wird. Es braucht keinen militärischen Zustand, es treibt eine andere Art Politik. Es hat keinen imperialistischen Ehrgeiz, es strebt nicht nach territorialer Ausdehnung, es will keine Völker unterdrücken, es will keine Ueberzeugungen seiner Radschmied mit Gewalt eintrichtern. Es will nur Anerkennung. Es verlangt von Großbritannien nur, daß formell gelagt wird, daß es existiert und daß es aus dem